

Israelkritik und Antisemitismus

Es ist von fataler Gesetzlichkeit: Wann immer die israelische Regierung zu neuen Exzessen ihrer Besatzungs- und Siedlungspolitik ansetzt und sie zu Massakern an der palästinensischen Bevölkerung steigert wie in den Kriegen 2008/2009, 2012 und jüngst gegen Gaza, schwillt der Vorwurf des Antisemitismus gegen ihre Kritiker an. Kein Zweifel, es gibt nach wie vor einen viel zu hohen Bodensatz von Antisemitismus und Judenfeindschaft in unserer Gesellschaft. Der von der Bundesregierung berufene „Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus“ schätzt die Dimension der Judenfeindschaft über Jahre hinweg auf konstante 15 bis 20 Prozent. Er hat sich jedoch infolge der Zuspitzung des Konflikts nicht nennenswert ausgedehnt oder vermehrt. Auch in England, wo Zweidrittel der Bevölkerung das Vorgehen Netanjahus als Kriegsverbrechen bezeichnet und die Boykott- und Sanktionskampagnen gegen Israel weit verbreitet sind, wird kein Anstieg des Antisemitismus in der Gesellschaft wahrgenommen. Der Historiker und Antisemitismusforscher Wolfgang Benz spricht sogar von einer „abnehmenden Tendenz“ in Deutschland.

Der Antisemitismus ist in den jüngsten Auseinandersetzungen allerdings militanter aufgetreten, verbal aber auch mit handfesten Bedrohungen und Angriffen auf Juden. Dieser Sumpf hat jedoch nichts mit den Kritikern der Politik Israels zu tun, die nunmehr mit dem Vorwurf des Antisemitismus aus dem gesellschaftlichen Diskurs anerkannter Kritik hinausgeworfen werden sollen. Kaum ein Stigma ist vernichtender als das des Antisemitismus, selbst wenn der inzwischen inflationäre Gebrauch seine Wirksamkeit etwas eingebüßt hat. Ziel des Vorwurfes ist nicht die Eröffnung eines kritischen Dialogs, der Austausch und Überprüfung gegensätzlicher Argumente. Ziel ist die Entwertung des Gegners, sein Ausschluss aus der Debatte und damit die Immunisierung des Kritisierten. Indem die Kritiker auf das Niveau des gemeinen Antisemitismus herabdrückt werden, versucht man, sie und ihre Kritik mit der Dummheit, Aggressivität und Menschenfeindlichkeit dieser perversen Ideologie zu identifizieren, um sie mundtot zu machen. Kein Verdacht ist heute besser geeignet, Diskussionen und Veranstaltungen durch die Verweigerung von Räumen und Foren zu verhindern als der des Antisemitismus. Selbst jüdische Kritiker werden nicht verschont, die man jetzt des „jüdischen Selbsthasses“ bezichtigt, nachdem man bemerkt hat, dass Jüdinnen und Juden schlecht Antisemitismus vorgeworfen werden kann.

Es gibt keinen kodifizierten Antisemitismusbegriff, doch jeder glaubt zu wissen, was Antisemitismus ist, eben das, was er kritisiert. Die salvatorische Klausel, die jedem Antisemitismus-Verdikt vorausgeschickt wird, dass Kritik an Israel legitim sei, ist nur noch ein Ritual und rettet keine Kritik. Es ist also schwer, der Substanz und den Kriterien des Antisemitismus-Vorwurfs auf die Spur zu kommen. Verlassen wir uns auf eine Arbeitsdefinition der Europäischen Union – eine zumindest solidere Basis als die Denunziationen der „Antideutschen“ – so wird sofort die Substanzlosigkeit der Vorwürfe klar.

- Erstes Kriterium der EU ist „das Abstreiten des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung“, was z.B. mit der Behauptung, die Existenz des Staates Israels sei ein rassistisches Unterfangen, erfüllt sei. Der Vorwurf des Rassismus reicht weit zurück und kulminierte 1975 in der Resolution 3379 der UN-Generalversammlung von 1991, die den Zionismus als rassistische Ideologie bezeichnete. Wenn die Resolution auch 1991 zurückgenommen wurde, so blieb der Vorwurf dennoch bestehen. Der Vorwurf des Rassismus in der aktuellen Politik eines Netanyahu und Liebermann und die Warnung vor den rassistischen Gefahren, die in der Proklamation

eines rein jüdischen Staates angesichts 1,5 Mio. Araber in Israel liegen, kommt allerdings aus der israelischen Gesellschaft selbst. Kritiker wie Amos Schocken, Avram Burg, Uri Avneri, Moshe Zuckermann u. a. warnen seit geraumer Zeit vor der Entwicklung Israels zu einem Apartheidstaat, eine Warnung, die US-Außenminister Kerry übernommen hat. Jüdischer Selbsthass, Antisemitismus? Auf jeden Fall bestreitet niemand mit dieser Kritik dem jüdischen Volk das Selbstbestimmungsrecht.

- „Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet und verlangt wird.“ Mit diesem zweiten Kriterium sollte man lieber die Einstellung jener Israelfreunde und Antisemitismuskritiker beurteilen, die den offenen Völkerrechtsnihilismus der israelischen Politik akzeptieren und die Kriegsverbrechen der Gaza-Kriege sowie die Praxis der gezielten Tötungen ungesühnt lassen wollen. Die Forderung, dass Israels Besatzungspolitik und Kriegsführung die gleichen völkerrechtlichen Regeln einhält, wie sie von allen Staaten der UNO gefordert werden, weist doppelte Standards gerade zurück. Wer Bashir und Gaddafi mit Haftbefehlen vor den Internationalen Strafgerichtshof bringen will, sollte die Verantwortlichen der Gaza-Kriege ob Barak, Netanjahu, Livni und die Generäle Ashkenasi und Moti Almos nicht aussparen. Ist das eine antisemitische Forderung?
- „Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten.“ Dieses Kriterium, wenn es denn eines für Antisemitismus ist, finden wir immer wieder bei jüdischen Kritikern der Politik Israels. In der aktuellen kritischen Debatte hier hört man diesen Vergleich nicht, sie hat sich wiederholt und nachdrücklich von derartigen Vergleichen distanziert. Dies ist kein Topos der Kritik. Und wer eine Gesellschaft, die ihre staatliche Existenz derart zentral mit der Erfahrung des Holocaust begründet, an die Verantwortung gegenüber dem Nachbarn erinnert, ist kein Antisemit.
- Schließlich das vierte Kriterium: „Das Bestreben, alle Juden kollektiv für Handlungen des Staates Israel verantwortlich zu machen.“ Auch dieses genuin antisemitische Syndrom ist bei den Kritikern der Kriege und der Siedlungspolitik nicht vorhanden. Es findet sich jedoch spiegelbildlich bei jenen Kritikern und vorgeblichen Israelfreunden, die umstandslos Juden und Judentum mit Zionismus, Israel und israelischer Politik identifizieren. Die mangelnde Unterscheidung zwischen Politik und Judentum, d.h. die Identifizierung von israelischer Politik mit kollektiven Charaktereigenschaften der Juden kennzeichnet gerade das antisemitische Ressentiment. Es tarnt sich nur mit einer zweifelhaften Israelsolidarität, die nicht wahrnehmen will oder der es gleichgültig ist, dass ihre Verteidigung einer Politik gilt, die sich selbst in den Abgrund treibt – und das mit der verbissenen Unterstützung in Berlin und Washington.

Wenn alle diese Kriterien also nicht den Nachweis des Antisemitismus erbringen können, muss ein Sammelsurium anderer Sonderbarkeiten her, um zumindest den Eindruck des Antisemitismus zu stabilisieren:

Es ist genug Unsinn gegen die Free-Gaza-Flotille und ihren Versuch, die Blockade Gazas zu durchbrechen, geschrieben worden. Der Deutsche Bundestag selbst hatte zuvor in einem

einstimmigen Beschluss gefordert, dass die rechtswidrige Blockade des Gaza-Streifens aufgehoben werden müsse. Ein antisemitisches Votum? Eine Solidarisierung mit der Hamas? Oder wird es dazu erst dann, wenn dem Beschluss mit einer friedlichen Aktion Nachdruck verliehen werden soll?

Der internationale Boykottaufruf, keine Waren aus Israel zu kaufen, ist für Deutsche in der Tat historisch belastet. Doch trifft das nicht auf jene Aufrufe zu, die sich nur auf Waren und Investitionen beziehen, die in den besetzten Gebieten produziert bzw. getätigt werden. Diese dürfen nach EU-Recht nicht als israelische Waren in die EU exportiert werden. Das Verbot wird allerdings dadurch umgangen, dass der verbotene Herkunftsort verschwiegen wird. Minister Ramsauer hat die Kritik des Aufrufs ernst genommen und die Beteiligung der Deutschen Bahn bei der Planung und dem Bau der Schnellverbindung Tel Aviv – Jerusalem eingestellt, da sie durch besetztes palästinensisches Gebiet führt. Ein antisemitischer Affront? Heidelberg Zement wird aufgefordert, die Ausbeutung des Steinbruchs in den besetzten Gebieten einzustellen, da es sich um Ressourcen der Palästinenser handelt, die nach den Genfer Konventionen nicht von der Besatzungsmacht ausgebeutet werden dürfen. Gleiches gilt von den Olivenbäumen, Früchten oder Gemüsen, die aus den palästinensischen Gebieten stammen. Man kann die Effektivität, den politischen Nutzen und die Opportunität derartiger Aktivitäten bestreiten aber nicht als Ausdruck des Antisemitismus diskreditieren.

Die Tabuisierung dieser inzwischen aus allen Kontinenten kommenden Kampagne in Deutschland macht insbesondere eines deutlich. Es geht den Kritikern gar nicht um die Juden, schon gar nicht um den Schutz der jetzt in Israel lebenden Juden, um die Existenz ihres Staates. Es geht ihnen um ihre eigene Befindlichkeit, ihr beschädigtes Gewissen, „um die Regulierung ihres gestörten emotionalen Haushalts“, wie es Moshe Zuckermann als typisch regressive Bewältigung der Vergangenheit beschreibt. Wahrscheinlich geht es den meisten nicht einmal mehr um die Sicht nach innen, um die Verantwortung vor der eigenen Moralität, sondern um die Sicht nach außen: wie steh ich da, was sagen die anderen, die politischen Konkurrenten, schließlich die Wählerinnen und Wähler? Es geht auch nicht um die Bekämpfung des realen Antisemitismus, den man ohnehin in seiner definitiven Beliebtheit nicht mehr präzise fassen kann. Der Begriff schwimmt zunehmend mit der Inflationierung seines Gebrauchs und dem ideologischen Kurzschluss, der Judentum, Zionismus, Holocaust, Israel und israelischer Politik zu einem Element zusammenbindet.

Die neuerdings gebräuchlichen Konstruktionen eines antiisraelischen oder antizionistischen Antisemitismus sollen dem Kritiker der israelischen Politik und ihrer zionistischen Mission auch das letzte Schlupfloch aus der Antisemitismusfalle nehmen: die Kritik der Politik sei nur der Mantel, unter der sich die antisemitische Gesinnung verstecke. In dieser Funktion ist der Antisemitismusvorwurf das verlogene Mittel für ganz andere Ziele und Interessen im internen politischen Machtkampf der Bundesrepublik. Der Vorwurf, der wie eine Sichtblende hochgezogen wird, ist deshalb so gefährlich, weil hinter ihr die erschreckende Barbarisierung israelischer Politik verschwinden soll, die nicht nur nach dem Urteil von Alfred Grosser und Mosche Zuckermann gerade dem Antisemitismus kräftig Nahrung gibt.

Das offizielle Berlin lässt sich immer wieder feiern für seine vorbildlichen Anstrengungen zur Aufarbeitung der Verbrechen der jüngeren Geschichte. Sicher, es mangelt nicht an Denkmälern, Gedenkstätten, Seminaren, Foren und Konferenzen, auch kaum an Geld und Kriegswaffen für den israelischen Staat. Aber ein normales Verhältnis zu Israel, welches als Mitglied der Vereinten Nationen wie alle Staaten an die Grundsätze und Prinzipien der UNO-Charta gebunden ist, ist dabei nicht entstanden. Das lässt sich nicht erkaufen, und auch die

Aufnahme in das Gebot der Staatsräson ist kein Zeichen der Normalisierung. Solange wir die israelischen Regierungen wie Kranke mit dem Mitleid eines schlechten Gewissens behandeln und Palästina zur rechtsfreien Zone ihrer Willkür erklären, bleibt die „Aufarbeitung“ Fassade und in der Blockade des Antisemitismusvorwurfs gefangen.

Hamburg, d. 3. September 2014 International Heft III/2014, S. 11 f.

Norman Paech